



**Gewalttheorie**

Heute vor 90 Jahren wurde der französische Psychiater und Theoretiker Frantz Fanon geboren. Sein Interesse galt dem antikononialen Befreiungskampf und dem Instrument des Terrors. Von Sabine Kebir

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 20. JULI 2015 · NR. 165 · 1,40 EURO / 47 CZK · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

**Magere Resultate**

Ein Signal, nicht mehr und nicht weniger: Besuch des deutschen Außenministers in Kuba

**Saubereres Kabinett**

Regierungsumbildung in Athen. Exfinanzminister Varoufakis; Vereinbarungen zum Scheitern verurteilt

**Brutale Gewalt**

Italien: Drahtzieher rassistischer Ausschreitungen ist die neofaschistische »Casa Pound«

**Blamable Ergebnisse**

UN-Entwicklungskonferenz für Afrika brachte nichts Konkretes – außer: Öffnung für Konzerne

# Zweifel an Selbstmord

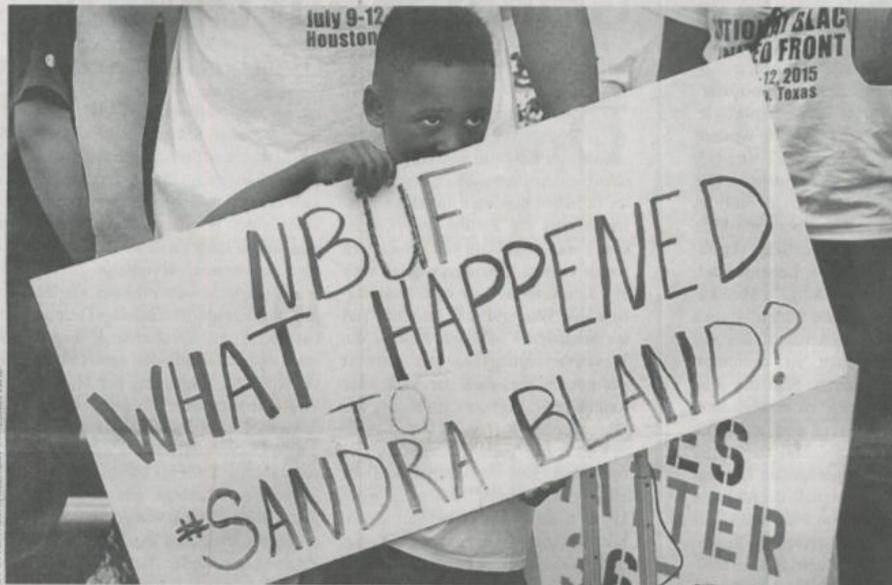
USA: Schwarze Aktivistin tot in Zelle gefunden. Behörden sprechen von Suizid. Antirassisten fordern Aufklärung. Von Jürgen Heiser

Wieder ist eine Afroamerikanerin Opfer rassistischer Polizeigewalt geworden. In Texas protestierten am Freitag nachmittag (Ortszeit) etwa 200 Demonstranten in der Kleinstadt Hempstead nahe Houston vor dem Gebäude, in dem das Büro des Sheriffs untergebracht ist. Sie forderten Aufklärung über den Tod der 28-jährigen Sandra Bland, der tagelang geheimgehalten worden war.

Verhaftet worden war Bland bereits am Freitag, dem 10. Juli, nach einer Verkehrskontrolle. Drei Tage später war sie wenige Stunden, bevor sie gegen 5.000 US-Dollar Kaution freigelassen werden sollte, leblos in ihrer Zelle aufgefunden worden. Offizielle Todesursache: »Selbstmord«, wie Sheriff Glenn Smith im *Houston Chronicle* zitiert wurde. Die Autopsie habe »selbstverschuldetes Ersticken« ergeben. Sie habe sich »eine Plastiktüte über den Kopf gezogen«.

Eine Anwaltssozietät teilte unterdessen im Namen der Angehörigen mit, die Familie sei überzeugt davon, »dass Sandra Bland umgebracht wurde und keinen Selbstmord beging«. Die Anwälte seien beauftragt worden, die wahren Todesumstände zu ermitteln. Blands Ableben löste vor allem wegen der tagelangen Zurückhaltung der Information über ihren Tod einen Sturm der Entrüstung im Internet aus. Angeblich habe die Polizei die Familie in Chicago erst am Mittwoch erreicht, meldete die *Chicago Tribune*.

Bland hatte sich als Aktivistin der Bewegung »Black Lives Matter« einen Namen gemacht. Seit Januar hatte ihr Internetblog »#SandySpeaks« im Rahmen dieser vor zwei Jahren von afroamerikanischen Frauen gegründeten Widerstandsbewegung viel Beachtung gefunden. Darin setzte sie sich mit ras-



»Was geschah mit Sandra Bland«: Ein Junge bei einer Kundgebung in Hempstead im US-Bundesstaat Texas (17.7.2015)

sistischer Polizeigewalt auseinander und wollte den Dialog unter jungen Schwarzen voranbringen. »Die Sache, die ich im Kopf habe, hat sehr viel Kraft«, erklärte sie in ihrem Auftaktvideo.

Sandra Bland hatte vor, wegen einer in Aussicht stehenden Arbeitsstelle von Chicago nach Texas umzuziehen, und war deshalb an jenem Freitag mit ihrem Auto in Waller County unterwegs, als sie von zwei Streifenwagen längere Zeit verfolgt und dann gestoppt wurde. Sie habe beim Wechseln des Fahrstreifens den Blinker falsch gesetzt, lautete der Vorwurf. Im Internet kursiert ein Video, das zeigt, wie Bland von zwei Beam-

ten bäuchlings auf den Boden gedrückt wurde. Sie protestierte gegen diese Behandlung und rief: »Warum drücken Sie meinen Kopf in den Dreck? Ich kann nichts mehr hören!« Für die Polizisten erfüllte schon das Tatbestand »Angriff auf Staatsdiener«. Sie führten Bland ab und verbrachten sie in eine Gewahrsamszelle, die sie nicht mehr lebend verließ.

Freunde und engste Angehörige nannten den Tod Blands im Internet »unfassbar«. Es sei völlig klar, dass Bland »keinen Selbstmord beging«. Ihr Tod stehe vielmehr im Zusammenhang mit »jüngsten Fällen von Polizeigewalt gegen Schwarze«. Waller County sei

für »seine rassistische Atmosphäre« berüchtigt. Bezirksstaatsanwalt Elton Mathis wies die Vorwürfe zurück und erklärte, er sehe »keinerlei Anlass anzunehmen, dass Blands Tod kein Selbstmord war«. Nun laufen laut *Houston Chronicle* Ermittlungen der Texas Rangers und des FBI. Das Ministerium für öffentliche Sicherheit teilte lediglich mit, bei der Verkehrskontrolle seien »Vorschriften missachtet« worden, weswegen man »den verantwortlichen Beamten in den Innendienst versetzt« habe. Am Wochenende weiteten sich die Proteste der »Black Lives Matter«-Bewegung auf andere Städte der USA aus.

**Jemen: Militär rückt in Aden vor**

Aden. Truppen des geflohenen jemenitischen Präsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi sind in der Hafenstadt Aden zum von den Ansarollah-Rebellen gehaltenen Präsidentensitz vorgedrungen. Nach Angaben des Militärs erzielte die Soldaten und ihre Verbündeten in der Nacht zum Sonntag im von den Aufständischen kontrollierten Bezirk Tawahi Erfolge. Gleichzeitig flog die von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition Luftangriffe auf Stellungen der Miliz in Tawahi. Auch in den nördlichen und östlichen Vororten von Aden gab es Angriffe. Bereits vor einigen Tagen hatte die jemenitische Exilregierung die Provinz für »befreit« erklärt. Am Samstag benannte Hadi eine Hauptstraße in Aden nach dem saudischen König Salman sowie eine andere nach einem in der vergangenen Woche getöteten Offizier aus den Vereinigten Arabischen Emiraten um. (AFP/W)

**AfD-Abtrünnige wollen neue Partei gründen**



Kassel. Nach dem Zerwürfnis innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD) bereitet eine Gruppe um den kaltgestellten Exchef Bernd Lucke (Foto) die Gründung einer neuen Partei vor. Dazu kamen am Sonntag in Kassel Mitglieder des von Lucke gegründeten Vereins »Weckruf 2015« zusammen. Am Nachmittag stand neben anderen Entscheidungen eine Vorstandswahl an, wie der Sprecher des Vereins, Sven Wagner, der *Deutschen Presse-Agentur* sagte. Am Abend sollte die Entscheidung zur Gründung einer Partei gemeinsam mit dem neuen Vorstand auf einer Pressekonferenz vorgestellt werden. Der 4.000 Mitglieder zählende Verein gilt als Sammelbecken für AfD-Mitglieder, denen die zum Teil offen rechtsextremen Thesen einiger Parteifunktionäre zu weit gingen. Zuvor hatte sich bei einem außerordentlichen Bundesparteitag Anfang Juli in Essen der nationalkonservative Flügel klar durchgesetzt. (dpa/W)

# Griechenland: Banken wieder geöffnet

Zugleich steigt Mehrwertsteuer auf Lebensmittel um zehn Prozent

Seit drei Wochen sind Griechenlands Banken geschlossen. Nun soll es endlich etwas Erleichterung geben: Am heutigen Montag öffnen die Geldhäuser wieder. Zuvor hatte die Europäische Zentralbank (EZB) die Notkredite für die griechischen Geldinsti-

Grundsatz schon vereinbarte neue »Hilfsprogramm« auszuhandeln, das neue Kredite in Höhe von bis zu 86 Milliarden Euro beinhaltet.

Die meisten Kapitalverkehrskontrollen bleiben unterdessen bestehen. Das heißt, das Abheben von größeren Geldmengen oder deren

führte zu langen Warteschlangen vor den Automaten. Ministerpräsident Alexis Tsipras ist zwar nach eigenen Worten nicht überzeugt, dass die weiteren Auflagen aus der Krise helfen werden. Er will die zusätzlichen Kürzungen aber dennoch umsetzen. Im Rahmen der von

Vizekanzler Sigmar Gabriel wies unterdessen Kritik an der Verhandlungslinie der Bundesregierung gegenüber Athen zurück. Würde man Griechenland Erleichterungen beim Schuldendienst gewähren oder gar einen Teilerlass, müsse man das auch Italien, Spanien, Portugal er-

# Conterganopfer nur noch mit Alibifunktion?

Geschädigte protestieren vor Stiftungssitzung gegen sie entrechtenden Geschäftsordnungsentwurf

Am Dienstag wird er zum 100. Mal tagen: Der Stiftungsrat der Conterganstiftung, die Personen Renten und andere Leistungen zahlt, die unter schwersten Missbildungen und Organdefekten leiden, weil ihre Mütter in der Schwangerschaft ein als harmlos deklariertes Beruhigungsmittel eingenommen hatten. Das Präparat mit dem Wirkstoff Thalidomid war 1957 von der Firma Chemie Grünenthal GmbH in der Bundesrepublik in den Handel gebracht worden. Als klar war, dass die Zunahme schwerer Fehlbildungen bei Neugeborenen und von Totgeburten in den folgenden Jahren etwas mit dem Mittel Contergan zu tun hatte, wurde es 1961 vom Markt genommen. Nach Angaben von Opferverbänden ist es für das Leid von weltweit 10.000 bis 15.000 Menschen und ihren Familien verantwortlich. Rund 5.000 starben noch vor ihrem ersten Geburtstag, die Zahl der Totgeburten wurde nie erfasst. In der Bundesrepublik leben heute nach Angaben der Verbände noch rund 2.500 Betroffene.

Die Organisationen, die seit Jahrzehnten für angemessene Entschädigungszahlungen kämpfen, können einige hart erungene Erfolge verbuchen.

Das, was der Grünenthal-Konzern bislang dazu beigetragen hat, halten sie aber für völlig unzureichend. »Denn eigentlich finden wir, dass der Steuerzahler nicht auch noch zum Conterganopfer gemacht werden sollte«, sagte Andreas Meyer, Vorsitzender des Bundes Contergangeschädigter und Grünenthalopfer (BCG), am Sonntag im Gespräch mit *jW*. Meyer ist einer von zwei Vertretern der Betroffenenorganisationen im Stiftungsrat der Conterganstiftung. Außerdem gehören ihm je ein Repräsentant des Bundesfamilien-, des Finanz- und des Sozialministeriums an. Die Opfervertreter fühlen sich jedoch von der Regierung immer wieder ausgebremst und in ihren Mitwirkungsrechten eingeschränkt. Dies betonte der BCG Ende vergangener Woche in einer Pressemitteilung anlässlich der morgigen Sitzung.

Die Stiftung wurde 1972 zunächst mit Mitteln der Firma gegründet, die sich im Rahmen eines Vergleichs mit den Eltern der geschädigten Kinder zur Zahlung von 100 Millionen D-Mark verpflichtet hatte – und damit frei von jeder weiteren juristischen Verpflichtung war. Später steuerte der Bund noch einmal mehr als das Doppelte an Stiftungskapital bei. Nach-

dem in der *ARD* 2007 ein Spielfilm – dessen Ausstrahlung Grünenthal zuvor mit allen Mitteln zu verhindern versucht hatte – über den Skandal gelaufen war, zahlte das Unternehmen nach Angaben von Meyer noch einmal 100 Millionen Euro.

Im Vorfeld der morgigen Sitzung hat ein von den Regierungsvertretern vorgelegter Entwurf für eine neue Geschäftsordnung bei den Betroffenenvertretern für Unmut gesorgt. Darin sollen laut BCG nur noch Beschlüsse und nicht mehr der Verlauf der Diskussion protokolliert werden. Die Contergangeschädigte Andrea Kornek erläuterte am Freitag in Köln, die Protokolle hätten es möglich gemacht, »skandalöse Zustände in der Stiftung« nachzuweisen und öffentlich zu machen. Andreas Meyer empört noch mehr, dass laut Entwurf bei Abstimmungen eine Enthaltung wie ein Nein gewertet werden soll. Bis zur 95. Ratsitzung im November 2013 konnten, so Meyer, die zwei Opfervertreter in dem Gremium eine eigenständige Mehrheit bilden, wenn sich die drei Ministerialbeamten enthielten. Bei Umsetzung des Entwurfs wären sie immer auf die Unterstützung eines Regierungsvertreters angewiesen.

Die zwiespältige Rolle, die die Stiftung spielt, illustriert ein im April 2014 abgeschlossenes Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Köln (Az. 7K5468/12). Der Contergangeschädigte Olaf T. hatte von ihr 30 Jahre lang eine kleine Rente erhalten. Als er aufgrund einer Verschlimmerung seines Gesundheitszustandes eine Aufstockung seiner Bezüge beantragte, wurde ihm sein Status als Contergangeschädigter komplett aberkannt. Nach einer von ihr veranlassten Gesamtüberprüfung vertrat die Stiftung nun die Ansicht, seine Gebrechen seien nicht auf das Medikament zurückzuführen. Das Gericht riet ihr jedoch nach Prüfung der Sachverhalte, den entsprechenden Bescheid zurückzunehmen – was sie auch tat. Hintergrund des Versuchs, die Zahlungsverpflichtung gegenüber T. – und im Erfolgsfall auch gegenüber anderen – loszuwerden, dürfte die Novelle des Conterganstiftungsgesetzes vom April 2013 sein. Mit ihr wurde auf der Basis eines von der Stiftung in Auftrag gegebenen Gutachtens der Universität Heidelberg zum Ausmaß der Leiden der Betroffenen und der damit verbundenen Kosten die maximal mögliche Rente von 1.155 auf 6.912 Euro monatlich erhöht.

Jana Frielinghaus